

Zwischen Abgrund und Aufbruch

Ein Jahr nach dem Sturz des Assad-Regimes ringt Syrien um seine Zukunft.

GESCHÄFT

Zivile Unternehmen entdecken das Militär

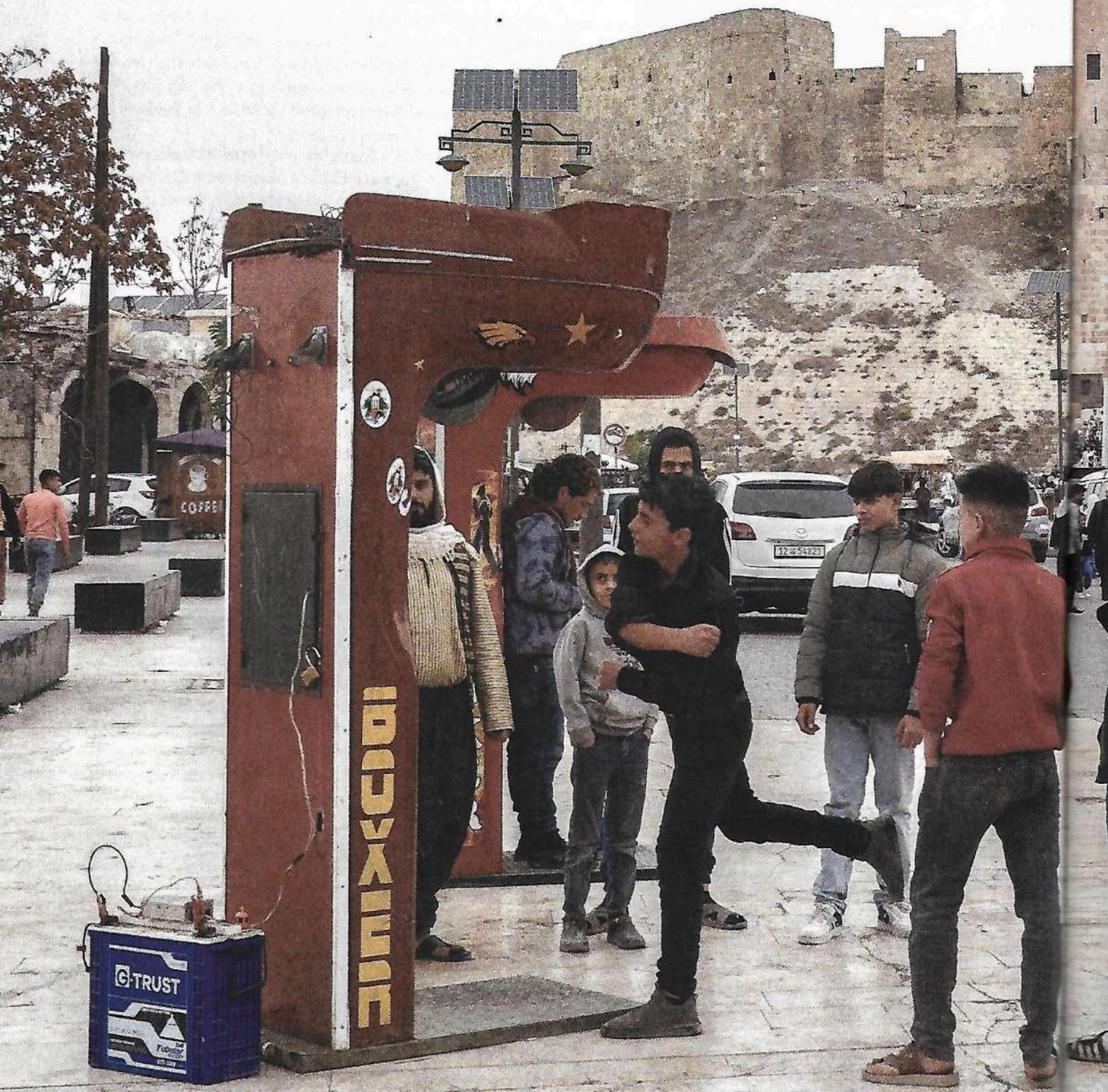
GESELLSCHAFT

Soldaten und der Krieg in den Augen von Künstlern

GESCHICHTE

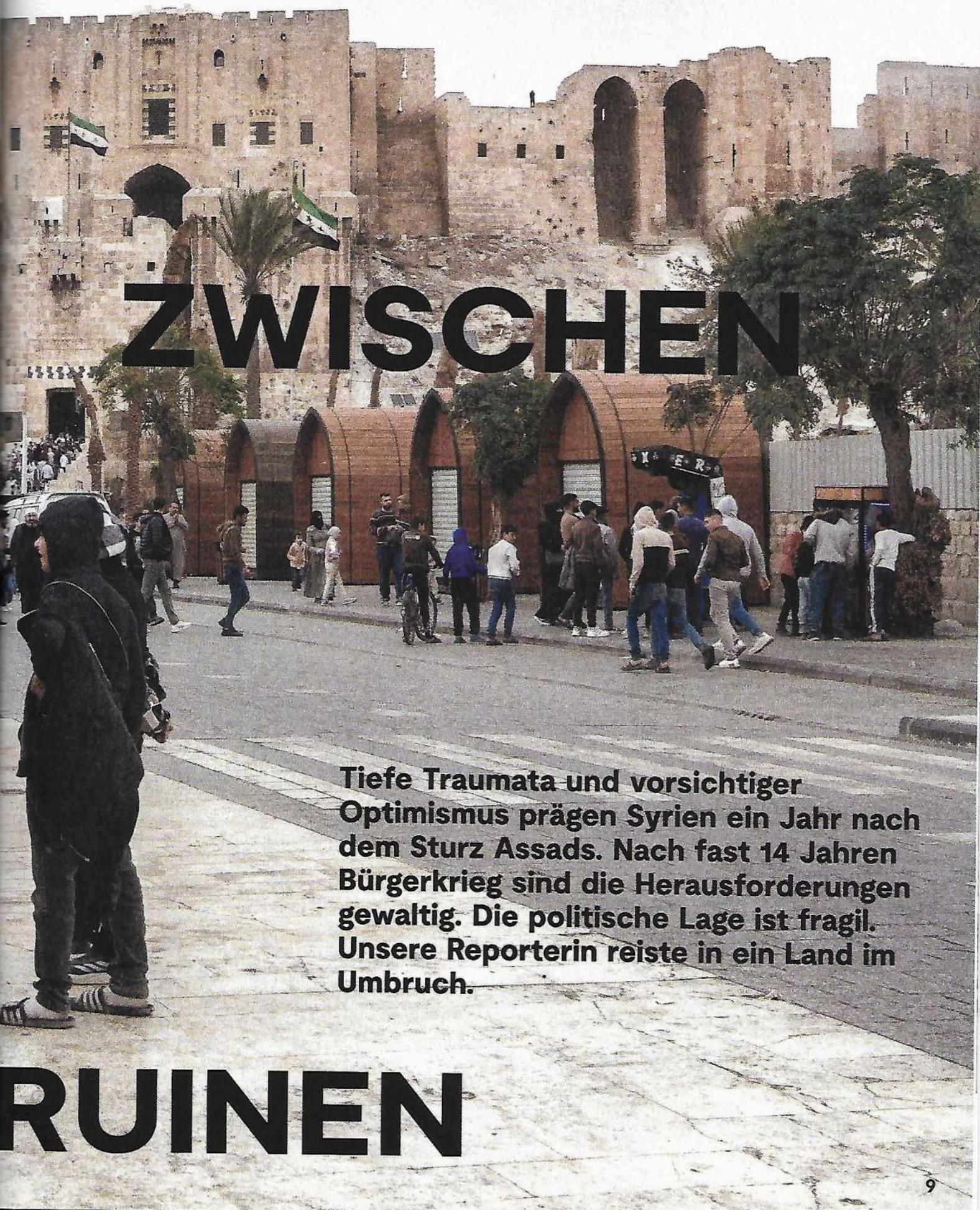
Die Wiege der Truppe und ihre Zukunft

HOFFNUNG



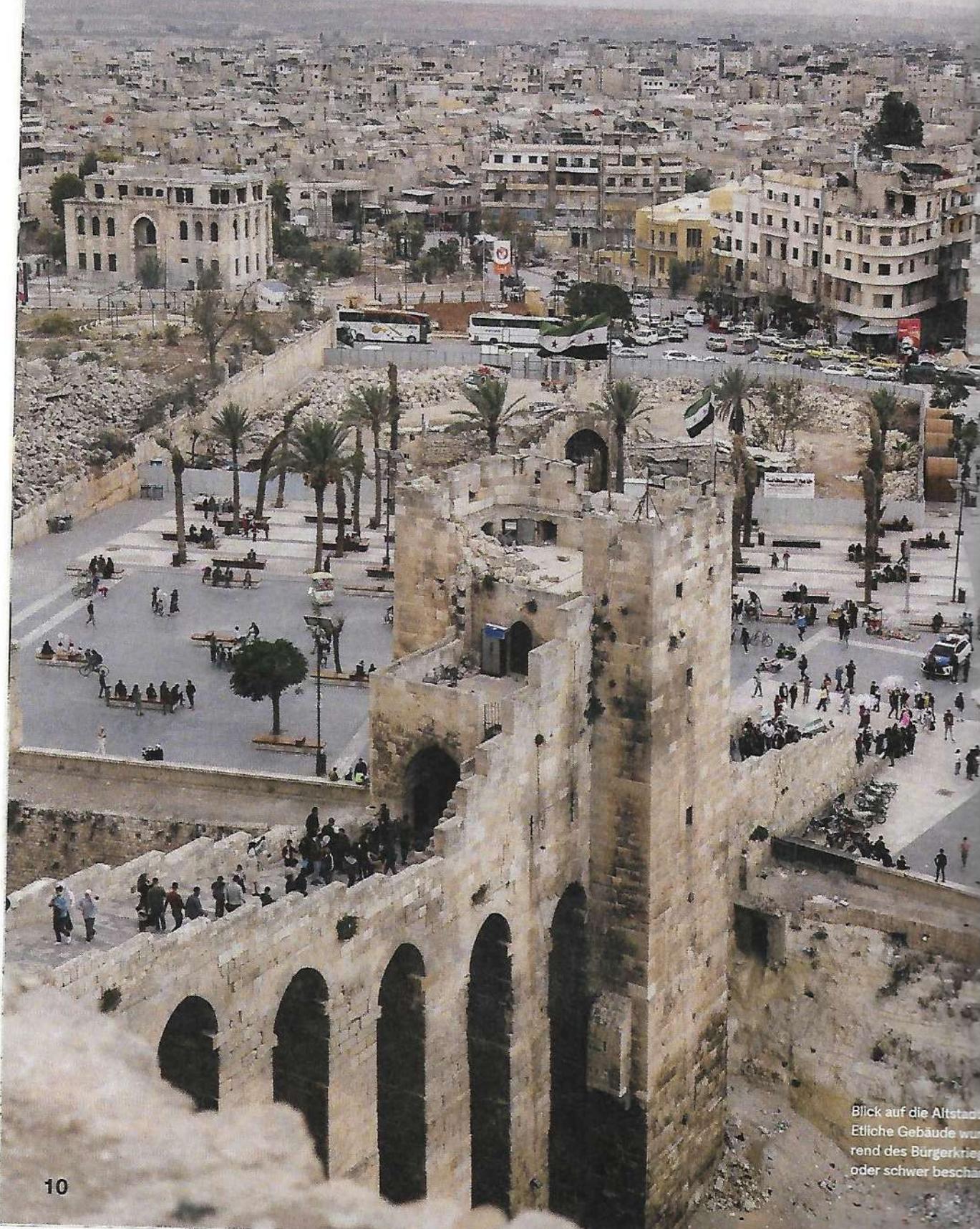
Jugendliche spielen an einem Boxautomaten vor der Zitadelle von Aleppo.

KRIEGSF



Tiefe Traumata und vorsichtiger Optimismus prägen Syrien ein Jahr nach dem Sturz Assads. Nach fast 14 Jahren Bürgerkrieg sind die Herausforderungen gewaltig. Die politische Lage ist fragil. Unsere Reporterin reiste in ein Land im Umbruch.

RUINEN



Blick auf die Altstadt
Etliche Gebäude wurden während des Bürgerkriegs oder schwer beschädigt

AUS SYRIEN BERICHTET
KIM BERG (TEXT & FOTO)

S

Staub wirbelt von der Straße auf. In Containern verbrennt Plastik. Überall wird gebaut, geschraubt und gehämmert. Motorräder dröhnen durch die Gassen. Kinder spielen am Straßenrand, Hunde und Katzen suchen zwischen ihren Beinen nach Essen. Der Sonnenuntergang taucht die Szenerie in einen unwirklichen, orangenen Nebel. Viele Häuser auf dem Weg sind beschädigt oder komplett zerstört. Fast jede Wand ist gespickt von Einschusslöchern. Folgen von fast 14 Jahren Bürgerkrieg und 50 Jahren Diktatur. Mein erster Eindruck von Syrien: chaotisch.

Ich reise nach Idlib, in den Nordwesten Syriens. Hierhin flohen viele Menschen während des Bürgerkriegs vor dem Assad-Regime. Die Region galt lange als letzte Rebellenhochburg. Von 2017 an baute die islamistische Gruppierung Hayat Tahrir al-Sham (HTS) hier ihren Einfluss aus. Ihr Kern geht auf die frühere Jabhat al-Nusra zurück, den syrischen Ableger von al-Qaida. Die Gruppe löste sich später formal von al-Qaida, blieb aber ideologisch salafistisch-dschihadistisch ausgerichtet.

Unter ihrem Anführer Abu Muhammad al-Dschaulani – heute Ahmed al-Scharaa – etablierte die HTS in Idlib einen „Staat im Staat“, mit eigenen Sicherheitsdiensten, Gerichten und Verwaltungsstrukturen. Sie kontrollierte zentrale Grenz- und Handelsrouten, baute die Infrastruktur aus und versuchte, sich vom Image einer globalen Dschihadistengruppe hin zu einem lokal agierenden Machtfaktor umzupositionieren.

Viele Kinder in der Region Idlib können keine Schulen besuchen. Die Gefahr durch Minen und Blindgänger ist zu groß.

Idlib gilt heute als die konservativste Region Syriens. Viele Frauen tragen Niqab, eine Vollverschleierung, die nur einen schmalen Sehschlitz lässt. Eine Kopftuchpflicht existiert jedoch nicht. Ich habe zwar Kopftücher dabei, lege sie aber nach den ersten Begegnungen ab. Eine Frau fragt mich schmunzelnd, warum ich als Nichtmuslima überhaupt eines trage. Tatsächlich erfahre ich keine negativen Reaktionen – im Gegenteil: Frauen machen mir Komplimente zu meinen Haaren, und auf der Straße höre ich immer wieder „Ahlan wa sahan“ – herzlich willkommen.

Gleichzeitig ist mir bewusst, dass meine Erfahrungen als ausländische Journalistin nicht eins zu eins auf das Leben lokaler Frauen übertragbar sind. Berichte unabhängiger Organisationen zeigen, dass konservative gesellschaftliche Normen und familiäre Strukturen in Idlib weiterhin tief verankert sind – und für Frauen auch gefährlich werden können. Im Oktober meldete die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) einen mutmaßlichen „Ehrenmord“ an einer jungen Frau in Idlib, die mehrere Jahre in Deutschland gelebt hatte und nach anhaltender häuslicher Gewalt versuchte, erneut dorthin zu fliehen. Solche Fälle verdeutlichen, wie stark familiäre Kontrolle, gesellschaftliche Erwartungen und konservative Normen weiterhin das Leben vieler Frauen bestimmen.

Die Menschen in Idlib scheinen im Allgemeinen jedoch zufrieden mit ihrer Regierung, die seit Dezember 2024 große Teile Syriens unter ihre Kontrolle gebracht hat. Im Auto sitze ich neben Mohamed. Er erzählt, dass die Lebensbedingungen hier während des Bürgerkriegs oft besser gewesen seien als in den Einflussgebieten des Assad-Regimes. Während Elektrizität in großen Teilen Syriens oft nur über private Solaranlagen bezogen werden konnte, importierte die HTS ab 2021 Strom aus der Türkei und baute die Energieinfrastruktur aus. Seit 2022 bekommen dort alle Menschen Strom vom Staat. Auch das Gesundheitswesen gilt als fortschrittlicher als in ➤



anderen Teilen Syriens. Ahmed erinnert sich an den Tag, an dem die letzte große Offensive gegen Assad in Idlib begann: „Ich saß mit meiner Frau auf dem Balkon, wir rauchten Shisha und tranken schwarzen Tee.“ Beide glaubten nicht an einen Erfolg. „Wir haben schon so viele Offensiven erlebt, wieso hätte es dieses Mal klappen sollen?“, fragte er sich. Er sollte sich täuschen.

Elf Tage nach Beginn der Offensive floh Bashar al-Assad am 8. Dezember 2024 mit seiner Familie nach Russland – die HTS übernahm die Kontrolle. Übergangspräsident wurde Ahmed al-Scharaa. Ein Jahr lang bereitete sich die Gruppierung auf den Sturz des Diktators vor, der von einer Konstellation geopolitischer Verschiebungen begünstigt wurde. Die Türkei verstärkte bereits im Oktober 2024 ihre militärische Präsenz im Norden Syriens und unterstützte verbündete Milizen logistisch, finanziell und operativ. Die traditionellen Schutzmächte des Assad-Regimes waren durch eigene Kriege massiv geschwächt: Irans militärische Infrastruktur war infolge intensiver israelischer Luftangriffe weitgehend paralysiert, die Hisbollah im Libanon durch einen eigenen Krieg ausgelaugt. Die ohnehin demoralisierten syrischen Truppen kollabierten teils binnen Stunden, während Russland – durch den Ukraine-Krieg gebunden – nur begrenzt eingreifen konnte.

Ein Jahr nach dem Sturz des ehemaligen Diktators herrscht in Idlib eine optimistische Stimmung. „Endlich kann ich wieder reisen“, sagt Mohamed. Fast acht Jahre lang konnte er Idlib nicht verlassen. Trotz ihrer dschihadistischen Vergangenheit glaubt er, dass die HTS Syrien in eine positive Zukunft lenken kann. „Natürlich geschieht das nicht von heute auf morgen. Doch al-Scharaa ist ein guter Diplomat, er kann es schaffen, Syrien zu einen“, sagt Mohamed.

Noch ist Syrien in unterschiedliche Einflusszonen aufgeteilt. Der Nordosten steht unter kurdischer Kontrolle, im Süden halten sich drusische Milizen, die von Israel unterstützt werden. Israel hatte nach dem Machtwechsel zudem die Pufferzone auf den Golanhöhen übernommen und baut dort seinen Einfluss weiter aus.

Als ich einige Tage später in Aleppo unterwegs bin, wirkt die Stimmung anders. Die Stadt lag während des Bürgerkriegs nicht im Einflussgebiet der HTS. „Ich bin mir unsicher, was die Zukunft bringt“, erzählt Farah, die ich in einem Café treffe. Sie ist Muslima, trägt aber kein Kopftuch, dafür Jeans. Seit die HTS an der Macht ist, achte sie jedoch stärker auf ihre Kleidung. „Es gibt keine Verschleierungspflicht, aber ich bin vorsichtiger geworden“, erklärt sie. Die Stimmung im Land empfindet sie als „düster und bedrückend“. Viele Menschen seien durch den Krieg traumatisiert, und die Zukunft unter der HTS bleibe ungewiss. „Ich hatte Angst, dass sie eine islamische Ordnung in Syrien einführen“, erzählt sie. Bis jetzt hat sich für sie im Alltag allerdings nichts verändert, ergänzt Farah. Doch die Skepsis bleibt.

Schuld an der Ungewissheit sind nicht zuletzt zahlreiche Übergriffe auf Minderheiten, die sich im ersten Jahr nach Assads Sturz in vielen Teilen Syriens er-

eigneten. Im März 2025 starben bei Massakern in der Küstenregion laut der SOHR mehr als 1.600 Menschen, die meisten davon Alawiten – eine religiöse Minderheit, die auch die Assad-Familie angehört. Verbündete Assads hatten syrische Sicherheitskräfte der neuen Regierung überfallen, eine Gegenoffensive endete daraufhin im Massaker. Ein Bericht der UN ergab im August, dass es keine Beweise für eine Anordnung der Angriffe durch die neue syrische Regierung gibt.

Im Juni starben bei einem Terroranschlag auf eine christliche Kirche in Damaskus 25 Menschen. Laut dem syrischen Innenministerium handelt es sich bei dem Täter um einen Anhänger des Islamischen Staates. Im Juli kamen nach Angaben der SOHR 1.400 Menschen bei Gefechten zwischen sunnitischen Beduinen und drusischen Milizen in Suweida ums Leben. Nach Angaben der SOHR kämpften Sicherheitskräfte der HTS

Ein Jahr nach dem Sturz des Diktators Assad herrscht in Idlib eine optimistische Stimmung.

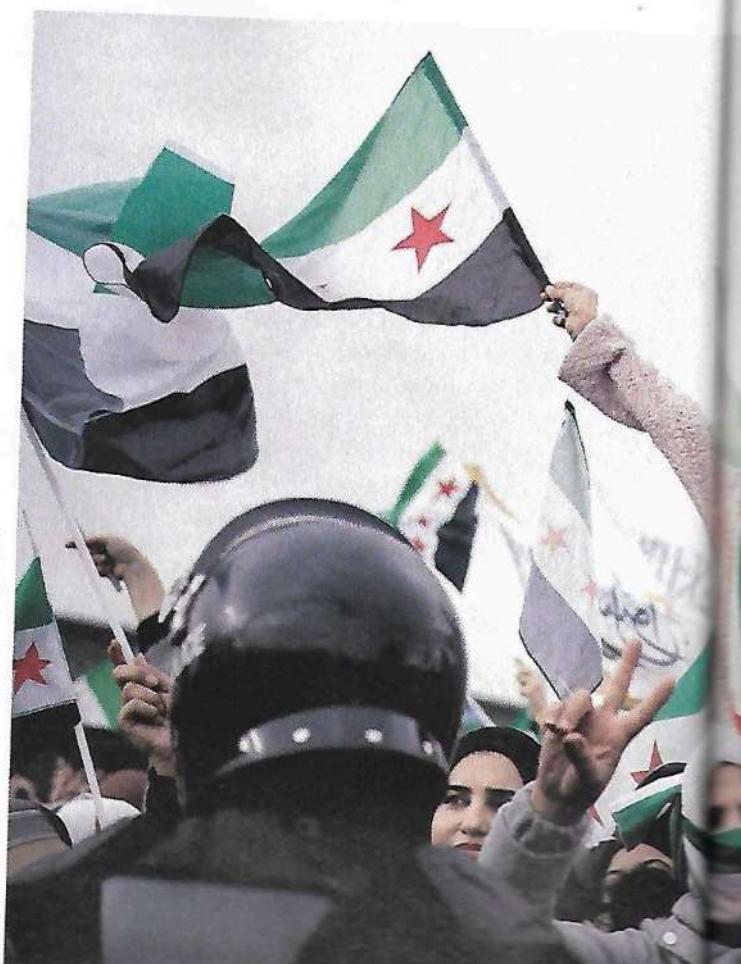


Foto: picture alliance / SIPA, Picture-alliance / abaca

- die in die Region geschickt worden waren, um für Ordnung zu sorgen - auf Seiten der Beduinen gegen die drusischen Milizen. Erst nach einer vereinbarten Waffenruhe zogen sich die syrischen Regierungstruppen und sunnitische Beduinen aus dem Gebiet zurück.

Immer wieder versichert al-Scharaa, dass Minderheiten „unter dem Schutz und in der Verantwortung des Staates“ stünden und ihre „Rechte und Freiheit“ zu den Prioritäten der neuen Regierung gehörten. Zugleich betonte er die Notwendigkeit gesellschaftlichen Zusammenhalts in einem multiethnischen und multikonfessionellen Staat. „Syrien muss vereint bleiben“, sagte er in einer Ansprache kurz nach der Machtübernahme. Er versprach, die Übergangsjustiz zur Priorität zu machen, um die Verbrechen des Bürgerkriegs juristisch aufzuarbeiten.

Doch gerade die Frage, wie ernst es der neuen Führung mit Gerechtigkeit und Aufarbeitung ist, sorgt für Verunsicherung. Im Juni wurde der ehemalige Milizenführer Fadi Saqr von der neuen Übergangsregierung freigelassen. Als Schlüssefigur der „Nationalen Verteidigungskräfte“ unter Assad war er an einem Massaker in dem Damaszener Vorort Tadamon beteiligt. 2013 filmten sich syrische Sicherheitskräfte dabei, wie sie mindestens 41 Männer brutal ermordeten. Die Entscheidung, Saqr zu begnadigen, traf das staatliche Komitee für Zivilen Frieden, das von der Übergangsregierung zur Entschärfung gesellschaftlicher Spannungen eingesetzt wurde. Es erklärte seine



Im November begann in Aleppo der Prozess gegen Beteiligte der Massaker in der syrischen Küstenregion, darunter ehemalige Anhänger Assads und Mitglieder der syrischen Streitkräfte.

Entscheidung mit dem Interesse nach Frieden und Aussöhnung. Viele Syrer reagierten empört: Für Überlebende und Angehörige der Opfer steht Saqr symbolisch für die Straflosigkeit des Assad-Systems. Seine Freilassung verstärkte die Zweifel daran, ob die neue Regierung unter Ahmed al-Scharaa tatsächlich eine glaubwürdige Übergangsjustiz anstrebt. Zwar hat al-Scharaa zwei Kommissionen zur Aufarbeitung eingesetzt, doch ihr Mandat gilt als politisch einseitig, da es sich fast ausschließlich auf Verbrechen des früheren Regimes konzentriert und mutmaßliche Täter anderer Gruppen - einschließlich oppositioneller Milizen und Dschihadisten - überwiegend ausklammert.

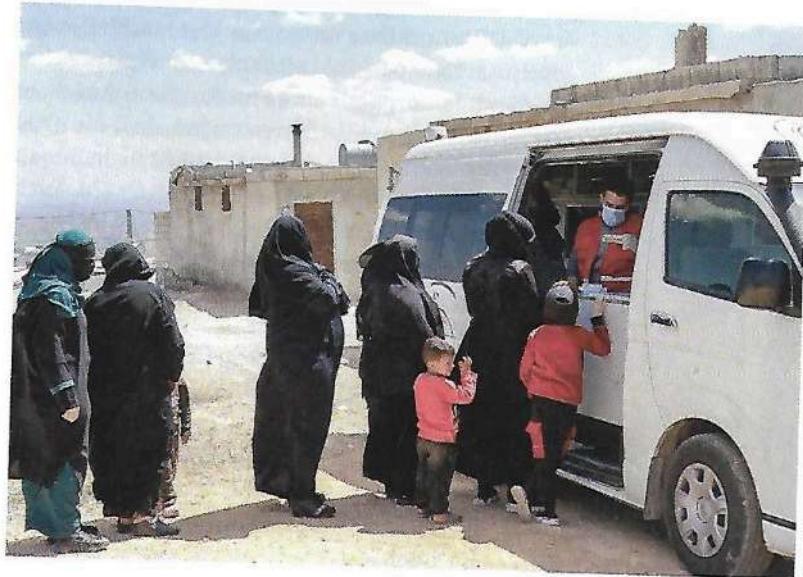
Doch es gibt auch Lichtblicke. Im November begann in Aleppo der Prozess gegen 14 Beteiligte der Massaker in der syrischen Küstenregion im März 2013. Angeklagt wurden sowohl Anhänger Assads als auch Mitglieder der syrischen Streitkräfte. Der Prozess wird zu einem Prüfstein für die Glaubwürdigkeit der neuen politischen Führung. Zum ersten Mal seit dem Ende der Assad-Diktatur sitzen Vertreter beider Machtapparate gemeinsam auf der Anklagebank - ein symbolischer Bruch mit jahrzehntelanger Straflosigkeit. Aus Sicht von Juristen soll das Verfahren zeigen, dass die neue Regierung bereit ist, Rechtsstaatlichkeit nicht nur zu versprechen, sondern auch durchzusetzen. Zugleich steht viel auf dem Spiel: für die Bevölkerung, die nach den jüngsten Übergriffen auf Minderheiten einen Beweis für tatsächlichen Schutz und Gerechtigkeit erwartet, und für internationale Partner, die Fortschritte im Justizwesen zur Voraussetzung für finanzielle ➤



Menschen in Damaskus feiern am 8. Dezember 2013 den ersten Jahrestag des Sturzes von Diktator Assad und seines Regimes.



Rama Kassar ist Gesundheitskoordinatorin beim Syrisch-Arabischen Halbmond in Aleppo (SARC).



Viele Dörfer haben keinen Zugang zu einem festen Gesundheitszentrum. Der SARC erreicht Menschen mit mobilen Einsatzteams – vor allem in ländlichen Regionen.

Unterstützung und politische Zusammenarbeit machen. Mehr als 560 weitere Personen werden im Zusammenhang mit den Gewaltausbrüchen verdächtigt. Weitere Prozesse sollen folgen. „Wir müssen die Gewalt in den Griff bekommen“, findet Mohamed. Die Regierung müsse das Land befrieden, sagt er. „Doch wir stehen noch am Anfang. Hier gibt es so viele Probleme, die Herausforderungen sind gewaltig.“

Nach fast 14 Jahren Bürgerkrieg ist das Land am Boden. Rund 90 Prozent der Menschen leben laut dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) in Armut. Über 16 Millionen Menschen – zwei Drittel der Bevölkerung – sind nach Angaben des DRK auf humanitäre Hilfe angewiesen. Ganze Dörfer und Stadtteile liegen nach wie vor in Trümmern. Das syrische Gesundheitssystem ist schwer angeschlagen. Jahre der Kämpfe haben Krankenhäuser, Gesundheitszentren und Ausbildungsstätten massiv beschädigt. Landesweit meldeten laut dem Syrisch-Arabischen Roten Halbmond (SARC) 66 Prozent der Gemeinden einen Mangel an medizinischer Versorgung für schwere Krankheiten wie Krebs und Nierenversagen. 61 Prozent gaben an, dass keine Behandlungsmöglichkeiten für chronische Krankheiten zur Verfügung stehen und 57 Prozent meldeten einen Mangel an Medikamenten für Notfälle wie Schmerzen oder Infektionen. 48 Prozent der Kommunen stellen einen Mangel an Gesundheitsdienstleistungen für Mütter und Kinder fest. Für viele Menschen existiert medizinische Versorgung nur theoretisch: Private Kliniken sind unerschwinglich, staatliche Einrichtungen überlastet.

Ich treffe Rama Kassar, Gesundheitskoordinatorin beim SARC, in Aleppo. „Es gibt viele Dörfer, die keinen Zugang zu einem festen Gesundheitszentrum haben“, erzählt sie. Der SARC bietet kostenlose Gesundheitsversorgung an und arbeitet dafür eng mit dem DRK zusammen, doch oft haben Menschen nicht das Geld, um die Anreise ins Krankenhaus zu bezahlen. „Manchmal kommen schwangere Frauen nicht zur Entbindung ins Krankenhaus, weil sie kein Geld für den Transport haben“, sagt Kassar.

Hail Assi, der Leiter der SARC-Zweigstelle in Aleppo, führt mich dorthin, wo früher das Herz der Gesundheitsversorgung in der Stadt lag – dem alten Hauptgebäude des SARC im Stadtteil Al-Shahba. Heute stehen dort nur noch Trümmer. Im Viertel lieferten sich Rebellen und das Assad-Regime massive Kämpfe. Von den meisten Häusern sind nur die Gerüste übrig, von einigen nur noch Steinhaufen. „Es tut weh, das Gebäude so zu sehen“, sagt Assi. In einem neu eingerichteten Schulungszentrum sollten hier Pflegekräfte ausgebildet werden. Heute ist die Fassade aufgerissen, Wände sind eingestürzt und die Fenster fehlen. „Wir hatten hier viel vor“, sagt Assi traurig. „Hoffentlich können wir alles wieder aufbauen.“

Erschwert wird der Wiederaufbau in Syrien durch die Altlasten des Krieges. Syrien gehört zu den am stärksten mit Minen und explosiven Kriegsresten be-

lasteten Ländern der Welt. Besonders die Provinz Idlib ist stark kontaminiert, weil sich dort über Jahre die Fronten zwischen HTS und dem Assad-Regime immer wieder verschoben. Die einstige Kornkammer des Landes ist dadurch kaum noch nutzbar. Ackerflächen sind vermint, Schulen bleiben wegen der Gefahr explosiver Hinterlassenschaften geschlossen, und ganze Dörfer sind von Blindgängern übersäht.

Seit dem Sturz Assads ist die Zahl der Unfälle durch Sprengsätze deutlich gestiegen: 585 Menschen wurden laut der Organisation HALO Trust durch Minen und Blindgänger getötet, darunter 165 Kinder; mehr als 1.000 Verletzte wurden registriert. Die tatsächliche Zahl dürfte deutlich höher liegen, da es keine zentrale Erfassung gibt. Mit der Rückkehr von mehr als 1,25 Millionen Flüchtlingen, die das UNHCR seit Dezember 2024 verzeichnete, und der neuen Bewegungsfreiheit vieler Menschen steigt das Risiko von Unfällen.

Um mir ein Bild von der Minengefahr zu machen, begleite ich die Organisation HALO Trust bei ihrer Arbeit in Idlib. Die Nichtregierungsorganisation kümmert sich um die Räumung von Landminen und anderen Sprengkörpern, die während und nach Konflikten zurückgeblieben sind. In Syrien arbeiten rund 200 Menschen für die Organisation. Neben der Räumung von Sprengsätzen, klären Mitarbeiter die Bevölkerung über Risiken auf und kartografieren Minenfelder. Über 330.000 Quadratmeter hat HALO Trust in Syrien bisher von Rückständen befreit.

Wir fahren nach Chan Schaichun. Die Stadt am Rande Idlibs war während des Bürgerkriegs besonders stark umkämpft. Bei einem Giftgasangriff des ➤



Der Hauptsitz des SARC Aleppo im Stadtteil Al-Shahba wurde im Krieg stark zerstört.

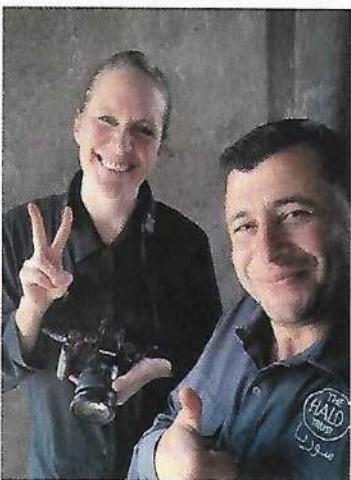


Neben der Räumung dokumentiert der HALO Trust auf einer Karte Unfälle durch Minen und andere Sprengsätze in Syrien.

Assad-Regimes im April 2017 starben hier mindestens 87 Menschen. Noch heute sind die meisten Gebäude zerstört, Steine und Schutt liegen überall. Die Mauern der Grundschule sind mit Einschusslöchern übersäht. Jahrelang war die Schule wegen der Gefahr durch Sprengkörper geschlossen. Seit Herbst 2025 findet hier wieder Unterricht statt – nachdem HALO Trust das Areal von Blindgängern befreite. Andere Schulen in der Region sind aufgrund der Minengefahr noch geschlossen. „Wir glauben nicht, dass sich Minen auf unserem Schulgelände befinden“, erklärt der Direktor einer anderen Schule in Chan Schaichun. Er befürchtet jedoch, dass die Umgebung kontaminiert ist und Kinder auf dem Schulweg von Sprengsätzen verletzt oder getötet werden könnten.

„Der Grad der Kontamination in Syrien ist enorm. Jeden Tag erhalten wir mehrere Meldungen über explosive Kriegsreste und Minenfelder“, sagt Farouk al-Mustafa, Einsatzleiter bei HALO Trust. Laut einem Bericht der Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen (ICBL) von Anfang Dezember 2025 ist die Zahl der weltweiten Minenopfer 2024 stark angestiegen. Weltweit wurden 6.279 Menschen durch Antipersonenminen und explosive Kriegsreste getötet oder verletzt – der höchste Wert seit 2020. 90 Prozent davon waren Zivilisten, fast die Hälfte Kinder.

Die Autorin dieses Beitrags, Kim Berg, während der Recherche in Syrien – hier mit einem Mitarbeiter von HALO Trust.





Syrien gehört zu den am stärksten durch Minen kontaminierten Ländern der Welt. Immer wieder kommt es zu tödlichen Unfällen durch explosive Sprengsätze. Die Suche nach den Hinterlassenschaften des Bürgerkriegs ist gefährlich.



Foto: privat; Halo Trust; picture alliance / Sipa USA; picture alliance / AP



Minenopfer sind oft schwer gezeichnet. Mehr als 1.000 durch Sprengsätze verletzte Menschen wurden im ersten Jahr seit dem Sturz Assads in Syrien registriert.

Die Zunahme der Opfer fällt in eine Phase, in der mehrere europäische Staaten – Polen, Estland, Lettland, Litauen und Finnland – ihren Austritt aus dem Ottawa-Abkommen erklärt haben. Mit dieser Konvention von 1997 verpflichteten sich Staaten, darunter Deutschland, auf den Einsatz von Antipersonenminen zu verzichten. Doch wegen Russlands Ukraine-Invasion betrachten die Ostflankenstaaten Minen wieder als wichtige Abwehrwaffe. Die Ukraine hat den Rückzug angekündigt, darf ihn als Kriegspartei jedoch nicht vollziehen. Trotzdem nutzt sie im Krieg gegen Russland wieder Antipanzer- und Antipersonenminen, weil sie sich im Kampf als effizient erwiesen haben. Während das Ottawa-Abkommen erodiert, wurden 2024 deutlich weniger Mittel für Minenräumung bereitgestellt. Das führte dazu, dass global weniger Flächen geräumt werden konnten. Die ICBL warnt vor einem gefährlichen Rückschritt im Kampf gegen Landminen und fordert Staaten auf, Austritte zu verhindern und die Produktion und Nutzung dieser Waffen zu beenden. Auch Organisationen in Syrien kämpfen um Mittel. „Wir nutzen alle verfügbaren Ressourcen, aber Syrien braucht mehr Unterstützung, um eine sichere und nachhaltige Umgebung für alle schaffen zu können“, fordert al-Mustafa.

Als ich Syrien wieder verlasse, wirkt vieles auf mich noch immer chaotisch: zerstörte Häuser, provisorische Reparaturen, der Staub, der sich über alles legt. Gleichzeitig wird deutlich, dass das Land im Wiederaufbau steckt. Die Herausforderungen sind gewaltig, doch viele Menschen wirken motiviert, ihren Alltag neu zu ordnen. Syrien steht am Anfang eines langen Prozesses, dessen Ausgang offen ist, bei dem jedoch erste positive Entwicklungen deutlich erkennbar sind.

KIM BERG ist Redakteurin bei der Fazit Communication GmbH. Sie beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der Situation im Nahen Osten. // kim.berg@fazit.de

Syrien – Wer hat die Kontrolle?

Die Diktatur des Assad-Klans wurde Ende 2024 gestürzt. Doch ein Gewaltmonopol hat die Übergangsregierung bisher nicht. Sie stützt sich auf die Kampfverbände des islamistischen Milizenbündnisses „Hayat Tahrir al-Sham“ – zu Deutsch: „Organisation zur Befreiung Syriens“ – kurz HTS. Der Milizenverbund hat seinen Schwerpunkt in der Region um Idlib und kontrolliert inzwischen weite Teile Zentralsyriens und die Küstenregion. Der erdölreiche Nordosten Syriens wird von der Militäralianz Demokratische Kräfte Syriens (SDF) beherrscht, die kurdische Milizen dominieren. Die beiden wichtigsten regionalen Militärmächte, die Türkei und Israel, haben sich auf syrischem Staatsgebiet jeweils Pufferzonen geschaffen. Die Türkei im Norden, um die kurdischen Kräfte einzuhüften. Im Südwesten hat Israel nach dem Sturz Assads seine Pufferzone auf den Golanhöhen erweitert, mit der Begründung, so besser terroristische Kräfte im Zaum halten zu können. Die USA wiederum unterhalten seit 2016 im Dreiländereck Syrien-Irak-Jordanien die Garnison al-Tanf. Sie ist die zentrale Basis der US-Spezialkräfte für Antiterroroperationen in der Region. Russland darf seine beiden Stützpunkte im Land vorerst weiter nutzen. Das vereinbarten Syriens Übergangspräsident Ahmed al-Scharaa und Russlands Diktator Wladimir Putin.

// bm



TÜRKI

Türkische Pufferzone

Ar Raqqah

Euphrat

Dayr Az Zawr

IRAK

SYRIEN

US-Basis
al-Tanf**Legende**

- Von Regierungsmiliz HTS (Hayat Tahrir al-Sham) kontrolliertes Gebiet
- Region Idlib: Stammgebiet der HTS
- Vom türkischen Militär kontrollierte Pufferzone in Syrien
- Von den Demokratischen Kräften Syriens (kurdisch) kontrolliertes Gebiet
- Gebiet unter Kontrolle der US-Streikräfte
- Von drusischen Milizen kontrolliertes Gebiet (Schutzmacht Israel)
- Golanhöhen: von Israel besetztes syrisches Gebiet als Pufferzone
- UNDOF-Zone: eine Pufferzone, die unter Beobachtung der Vereinten Nationen steht
- Alawitisches Siedlungsgebiet in Syrien

50 km